

Erklärung des Diözesanrats der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom 12. Mai 2007

Familien brauchen mehr gute Kinderbetreuungsplätze – und vieles darüber hinaus!

Für eine umfassende Politik zum Wohl der Familien und der Kinder¹

In der aktuellen familienpolitischen Debatte ruft der Diözesanrat der Diözese Rottenburg-Stuttgart dazu auf, sich im Ringen um familienpolitische Konzepte stärker am Wohl des Kindes und an der Wahl- und Entscheidungsfreiheit der Eltern zu orientieren.

Für eine sachliche Debatte

Der Diözesanrat begrüßt, dass die Familienpolitik stärker ins Zentrum des öffentlichen Interesses und Disputs gerückt ist. Er warnt vor ideologisierenden Überfrachtungen wie vor unreflektierten Verkürzungen. Die Erwartung, der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote wäre schon die Antwort auf die Bedürfnisse von Paaren, Eltern und Kindern, greift zu kurz.

Für die Wertschätzung von Familien

Mit Sorge beobachtet der Diözesanrat Tendenzen, Familien und Kinder vor allem unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten und sie auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Belange hin zu funktionalisieren. Familie ist in sich wertvoll. Familienpolitik muss sich deshalb vom Ziel leiten lassen, dass das Leben und Zusammenleben in Partnerschaft und Familie gelingen kann. Eine familienfreundliche Gesellschaft, Wirtschaft und Politik orientiert sich zuerst an den Belangen der Familien und nicht daran, Familien gesellschafts- und wirtschaftskonform zu machen. Die Funktion, die Familien für Wirtschaft und Gesellschaft zweifellos haben, kann nicht dadurch gesichert werden, dass man immer mehr Vollzüge familiären Lebens aus der Familie auslagert.

Für den Ausbau der Kinderbetreuung und echte Wahlfreiheit

Kinderbetreuungsangebote haben dennoch ihren Sinn. Die Gesellschaft profitiert davon, wenn Eltern ihre Kompetenzen ins Berufsleben einbringen. Für viele Familien sind zusätzliche Kinderbetreuungsangebote insbesondere im Bereich der bis zu Dreijährigen eine Grundvoraussetzung, um den Alltag von Familie und Beruf, miteinander vernünftig gestalten zu können. Besonders Alleinerziehende und Familien in sozialen Notlagen brauchen flexible Betreuungsangebote. Andere Familien erziehen ihre Jüngsten zu Hause; wieder andere brauchen stundenweise Betreuung. Eltern müssen selber entscheiden können, welche Form der Arbeitsteilung im Spannungsfeld von Familie und Beruf sie für sich wählen. Der Staat hat die gesetzlichen, strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Wahlfreiheit für alle Wirklichkeit wird.

Für eine gerechte Finanzierung

Im Rahmen dieser Verpflichtung braucht es beides: sowohl eine deutlichere ideelle und finanzielle Wertschätzung der Familienarbeit als auch den bedarfsgerechten Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung des Kinderbetreuungsangebots. Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze darf auf keinen Fall zu Lasten anderer familienpolitischer Leistungen erfolgen. Vielmehr muss sichergestellt sein, dass Familien im Rahmen des Existenzminimums der Kinder finanziell entlastet werden und Erziehungszeiten im Rentenrecht Berücksichtigung finden. Die Schere zwischen Besserverdienenden und einkommensschwachen Familien ist eklatant auseinandergesprungen und bedroht den sozialen Frieden. Dem ist entgegenzuwirken.

¹ Vgl. Positionspapier „Familien stärken“ (Diözesanrat 25.11.2005) und Pastorale Prioritäten „Heute für morgen das Nötige tun“ (Bischof Dr. Gebhard Fürst 15.12.2004)

In der aktuellen familienpolitischen Debatte ruft der Diözesanrat der Diözese Rottenburg-Stuttgart dazu auf, sich im Ringen um familienpolitische Konzepte stärker am Wohl des Kindes und an der Wahl- und Entscheidungsfreiheit der Eltern zu orientieren.

Für eine sachliche Debatte

Der Diözesanrat begrüßt, dass die Familienpolitik stärker ins Zentrum des öffentlichen Interesses und Disputs gerückt ist. Er warnt vor ideologisierenden Überfrachtungen wie vor unreflektierten Verkürzungen. Die Erwartung, der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote wäre schon die Antwort auf die Bedürfnisse von Paaren, Eltern und Kindern, greift zu kurz.

Für die Wertschätzung von Familien

Mit Sorge beobachtet der Diözesanrat Tendenzen, Familien und Kinder vor allem unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten und sie auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Belange hin zu funktionalisieren. Familie ist in sich wertvoll. Familienpolitik muss sich deshalb vom Ziel leiten lassen, dass das Leben und Zusammenleben in Partnerschaft und Familie gelingen kann. Eine familienfreundliche Gesellschaft, Wirtschaft und Politik orientiert sich zuerst an den Belangen der Familien und nicht daran, Familien gesellschafts- und wirtschaftskonform zu machen. Die Funktion, die Familien für Wirtschaft und Gesellschaft zweifellos haben, kann nicht dadurch gesichert werden, dass man immer mehr Vollzüge familiären Lebens aus der Familie auslagert.

Für den Ausbau der Kinderbetreuung und echte Wahlfreiheit

Kinderbetreuungsangebote haben dennoch ihren Sinn. Die Gesellschaft profitiert davon, wenn Eltern ihre Kompetenzen ins Berufsleben einbringen. Für viele Familien sind zusätzliche Kinderbetreuungsangebote insbesondere im Bereich der bis zu Dreijährigen eine Grundvoraussetzung, um den Alltag von Familie und Beruf, miteinander vernünftig gestalten zu können. Besonders Alleinerziehende und Familien in sozialen Notlagen brauchen flexible Betreuungsangebote. Andere Familien erziehen ihre Jüngsten zu Hause; wieder andere brauchen stundenweise Betreuung. Eltern müssen selber entscheiden können, welche Form der Arbeitsteilung im Spannungsfeld von Familie und Beruf sie für sich wählen. Der Staat hat die gesetzlichen, strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Wahlfreiheit für alle Wirklichkeit wird.

Für eine gerechte Finanzierung

Im Rahmen dieser Verpflichtung braucht es beides: sowohl eine deutlichere ideelle und finanzielle Wertschätzung der Familienarbeit als auch den bedarfsgerechten Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung des Kinderbetreuungsangebots. Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze darf auf keinen Fall zu Lasten anderer familienpolitischer Leistungen erfolgen. Vielmehr muss sichergestellt sein, dass Familien im Rahmen des Existenzminimums der Kinder finanziell entlastet werden und Erziehungszeiten im Rentenrecht Berücksichtigung finden. Die Schere zwischen Besserverdienenden und einkommensschwachen Familien ist eklatant auseinandergegangen und bedroht den sozialen Frieden. Dem ist entgegenzuwirken. Der Diözesanrat fordert eine entschiedeneren Investition in die Bereitstellung geeigneter Eltern- und Familienbildungsangebote. Entsprechende Ansätze der Landesregierung im Zuge der Weiterentwicklung des Landeserziehungsgelds begrüßt der Diözesanrat.

Für nachhaltiges Handeln in der Diözese

Familien brauchen Austausch und Kontakt untereinander, Begegnungsorte und Unterstützung unmittelbar im Alltag, auch qualitativ hochwertige und differenzierte Betreuungsangebote. Die Diözese Rottenburg-Stuttgart engagiert sich hierfür vielseitig. Der Diözesanrat dankt den Verantwortlichen in Einrichtungen, Gemeinden und Verbänden. Er ermuntert die Katholiken in der Diözese, in diesem Engagement nicht nach zu lassen und auch Kooperationen mit anderen gesellschaftlich tätigen Gruppen und Einrichtungen einzugehen.

Kloster Schöntal, 12. Mai 2007